

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	297
		TOP:	6
	Verhandlung	Drucksache:	276/2022
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	27.09.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Bertram, Frau Rheinisch (beide ASW)		
Protokollführung:	Frau Klemm / pö		
Betreff:	Eigentümergezogener Aufwertungsbereich "Untertürkheim.Mittendrin" in S-Untertürkheim, Zurückziehung des Antrags nach § 3 des Gesetzes zur Stärkung der Quartiersentwicklung der Privatinitiative (GQP)		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 29.06.2022, GRDRs 276/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zu dem Sachverhalt wird auf Nachfrage des Vorsitzenden weder eine Präsentation noch ein Vortrag gewünscht.

Einhellig wird das Projekt gelobt und gleichzeitig großes Bedauern über die Zurückziehung des Antrags geäußert. StR Peterhoff (90/GRÜNE), StRin Bulle-Schmid (CDU) und StRin Schanbacher (SPD) drücken deutlich ihren Unmut darüber aus, dass ehrenamtliches Engagement letztlich an bürokratischen Hürden scheitert. StRin Schanbacher äußert mit Blick auf ein mögliches GQP-Verfahren bei einer Umgestaltung der Schulstraße unter Mitwirkung der dortigen Anrainer*innen, bürokratische Strukturen müssten auf ein Minimum reduziert werden. StR Dr. Mayer (AfD) hinterfragt die genauen Gründe für das Scheitern - die Grundidee sei schließlich eine gute.

Einige wesentliche Maßnahmen in Untertürkheim, so StR Peterhoff, seien erfreulicherweise mit Hilfe der Stadt bei diesem einzigen GQP-Projekt in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht worden, sodass dadurch gewachsene Strukturen auch künftig genutzt werden könnten. Gleichwohl müsse dem Land Baden-Württemberg der dringende Reformbedarf gespiegelt werden, meint er ebenso wie StR Serwani (FDP), der eine

grundsätzliche Überprüfung von Regelungen und Gesetzen für notwendig hält und den Mitwirkenden am Projekt explizit für ihre Arbeit dankt. Zwar sei die Unterstützung der Stadt erfreulich, so StRin Bulle-Schmid, jedoch dürfe hohes privates Engagement nicht durch Bürokratie vom Land und teilweise auch von der Stadt gebremst werden. Letzteres unterstreicht StR Schrade (FW) - Ämter widersprächen sich gelegentlich. Das Beispiel zeige gleichwohl den Unterstützungsbedarf für die Stadtteile und Stadtteilzentren, das Instrument jedoch halte er für untauglich. Wie auch StR Serwani zuvor bereits eingeworfen hatte, sehe er vielmehr örtliche Programme (z. B. "Stadtteilzentren konkret") als wirkungsvoller an, allerdings auch nur dann, wenn damit ein Vorankommen - und das sei ihm sehr wichtig - möglich sei.

Man dürfe sicher sein, sagt Herr Bertram, dass bereits im laufenden Projekt regelmäßig Kontakt zu dem zuständigen Referat des Landes bestanden habe. Vonseiten des Landes seien aber Fragen zu möglichen Änderungen des Gesetzes klar verneint worden. Das seit 2015 bestehende Gesetz sei noch an keinem Ort im Land umgesetzt worden, was in der Natur der Sache liege, aber nicht der Stadt zuzuschreiben sei. Dass es in anderen Bundesländern besser laufe, liege an den dortigen Maßnahmen, die - im Gegensatz zum Vorhaben in Untertürkheim - eher nicht investiven Charakter hätten. Es hätten sich zudem nach der Übernahme durch "Stadtteilzentren konkret" neue haftungsrechtliche Fragen mit den beteiligten Fachämtern ergeben. Dafür habe man zwar grundlegende Lösungen gefunden, jedoch sei zu dem Zeitpunkt die Motivation der Mitwirkenden verständlicherweise bereits an einem Tiefpunkt angekommen. Er wolle aber betonen und damit einem nicht abgesprochenen Pressebericht zu einer Sitzung des Bezirksbeirats Untertürkheim vehement widersprechen, es habe keinerlei Verwerfungen zwischen Bezirk, Verein und Stadtverwaltung gegeben. Mit dem Gesamtergebnis werde man auf das Land zugehen und die Probleme im Detail erörtern. Ggfs. müsse das Gesetz tatsächlich zurückgezogen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von der GRDRs 276/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Klemm / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. *BezA Untertürkheim*
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. FDP-Fraktion
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand